

Sie setzen sich für die Festlegung und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen ein, die auf die Stärkung des politischen und rechtlichen Fundaments für die Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa gerichtet sind, sowie für spezielle Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten Europas. Solche Maßnahmen könnten vorsehen, daß die Kernwaffenmächte niemals Kernwaffen gegen diejenigen europäischen Staaten - unabhängig davon, ob sie militärischen Bündnissen angehören oder nicht - einsetzen, die keine solchen Waffen besitzen und auf deren Territorium keine ausländischen Kernwaffen stationiert sind. Diese Staaten haben das Recht, auch Garantien zu erhalten, daß gegen sie, entsprechend dem Prinzip der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt, keinerlei andere Waffen eingesetzt werden.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten messen einer so wichtigen Frage wie der Ausarbeitung von Vereinbarungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite besondere Bedeutung bei.

Verhandlungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite sind möglich, und die Teilnehmer der Tagung unterstützen die diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion. Um solche Verhandlungen zu beginnen, ist nur eines erforderlich - den NATO-Beschluß über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen in Westeuropa aufzuheben oder zumindest seine Verwirklichung auszusetzen.

Sie geben der Überzeugung Ausdruck, daß, wenn sich alle Staaten von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker leiten lassen und den erforderlichen politischen Willen an den Tag legen, bei Aufrechterhaltung des bestehenden annähernden Kräftegleichgewichts, dessen Existenz noch vor kurzem auch von den NATO-Ländern anerkannt wurde, nicht nur die weitere gefährliche Verstärkung des nuklearen Wettrüstens in Europa verhindert wird, sondern auch die Möglichkeit besteht, dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu halten.

Die Völker Europas sind zutiefst an einem schnellstmöglichen Beginn und einer erfolgreichen Durchführung der Verhandlungen über die nuklearen Raketenwaffen mittlerer Reichweite, an der Einstellung des nuklearen Wettrüstens, an der Nichterweiterung des Arsenal von Raketenwaffen auf dem europäischen Kontinent interessiert. Das entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller Völker. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten ein weiteres Verschleppen der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa für völlig unzulässig. In diesem Raum sind riesige Mengen von Truppen und modernsten Rüstungen konzentriert, und diese Gefahr sollte niemand unterschätzen.

Die an den Wiener Verhandlungen teilnehmenden sozialistischen Länder